

Die Spitzen des Monopolkapitals in der BRD bedienen sich darüber hinaus eines ganzen Systems von Einflußmöglichkeiten auf die Gesetzgebung. Die Hauptrichtung dieser Einflußnahme führt sogar nicht einmal über das Parlament, sondern über die Exekutive. Nicht zuletzt deshalb gehen die meisten Gesetzesinitiativen

in vielen Fällen geben die Monopolverbände durch ihre direkt an die Exekutive gesandten Eingaben und Gesetzesvorschläge den Anstoß für Gesetzesinitiativen. Eine besondere Rolle spielt dabei der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI). Es ist ein typisches Merkmal des staatsmonopolistischen Ka-

den so häufig beschworenen Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit zu vereinbaren sind.

Die Kommunisten erklären, daß dieser Entwicklung nur Einhalt geboten werden kann, wenn der beherrschende Einfluß des Großkapitals auf Wirtschaft und Staat, auf Parlament und Gesetzgebung in der BRD zurückgedrängt wird.

Um zu erreichen, daß endlich auch in der BRD das werktätige Volk Einfluß auf die Gesetzgebung erhält, hat die DKP allen demokratischen Kräften vorgeschlagen, gemeinsam dafür einzutreten, daß

alle wichtigen Gesetzentwürfe öffentlich zur Diskussion gestellt werden;

Vorschläge und Gutachten der Gewerkschaften bei allen wesentlichen Gesetzen zu berücksichtigen sind;

die Bevölkerung der BRD das Recht erhalten muß, über entscheidende Fragen durch Volksbegehren und Volksentscheide selbst zu entscheiden;

0 Beraterverträge und andere finanzielle Einflußnahmen des Großkapitals auf Abgeordnete konsequent zu unterbinden sind und

£ in der Verfassung die Möglichkeit einer Abberufung von Parlamentariern verankert wird.

Das wären nach Meinung der DKP erste Schritte, um der Bevölkerung ein Mitspracherecht, eine demokratische Mitwirkung an der Gesetzgebung zu erkämpfen.

Dabei bleibt es nach wie vor eine unumstößliche Tatsache, daß ein wirksamer Einfluß der Werktätigen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft letztlich nur dort möglich ist, wo die arbeitenden Menschen selbst reale wirtschaftliche und politische Macht besitzen.

Dr. Martin Weiß
Institut für Internationale
Politik und Wirtschaft

Im Kampf gegen die Arbeiterbewegung tritt der Imperialismus die demokratischen Rechte und Freiheiten mit Füßen, wendet er offene Gewalt, immer grausamere Methoden des Polizeiterrors und seine arbeiterfeindliche Gesetzgebung an. Zur Wahrung seiner Interessen bedient er sich ebenso der Demagogie und des bürgerlichen Reformismus, der opportunistischen Ideologie und Politik. Er sucht ständig nach neuen Methoden, um die Arbeiterbewegung von innen heraus zu untergraben, und versucht, sie in das System des Kapitalismus zu „integrieren“.

(Aus dem Dokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969)

im Bundestag von der Regierung aus. Diese Gesetzesvorlagen sind, ehe sie ins Parlament und an die Öffentlichkeit gelangen, von der Ministerialbürokratie längst mit den Spitzen der Unternehmensverbände, der Großbanken und Konzerne — oft bis ins Detail — vorbereitet.

So sichern sich zum Beispiel die BRD-Rüstungskonzerne wie Thyssen (Panzer- und Geschützproduktion), Flick (Kampfpanzer-, Geschütz- und Munitionsproduktion), Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (Flugzeug- und Raketenbau) und andere durch direkte Verhandlungen mit dem Bonner Bundeswehrministerium ihren Anteil an Rüstungsaufträgen.

pitalismus, daß die einflußreichsten Kräfte des Großkapitals mit den Spitzen des Staates immer enger zusammenarbeiten und sogar mit ihnen verschmelzen und damit auf kürzestem Wege ihren Klassenwillen, ihre Profitinteressen in die Form juristischer Gesetze gießen.

Die eigentlichen Gesetzesmacher in der BRD sind also nicht die Abgeordneten des Bonner Bundestages, sondern die Spitzen der Monopole, Großbanken und Unternehmensverbände. Gerade von diesen Kräften aber geht, wie bereits Lenin nachgewiesen hat, die „politische Reaktion“, die „Negation der Demokratie“ aus.

Kommunisten fordern: öffentliche Diskussion von Gesetzen auch in der BRD

Die DKP führt gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften einen konsequenten Kampf gegen die reaktionären Bestre-

bungen der herrschenden Kreise des Monopolkapitals in der BRD, die weder mit dem Buchstaben der Verfassung noch mit